

Die EU „wird nicht mehr um Gas betteln müssen“

EU-Energiekommissarin drängt auf Gaspreisdeckel

VON MICHAEL SCHÄFL, BRÜSSEL

Geht es um den von der EU vorgeschlagenen Gaspreisdeckel, ist die Union gespalten. Die Idee: Der Deckel soll am Großhandelsplatz TTF automatisch greifen, wenn der Preis für Gas zwei Wochen lang 275 Euro pro Megawattstunde (MWh) übersteigt. Aktuell liegt er bei etwa 130 Euro. Österreich reagiert auf diese Pläne ebenso skeptisch wie Deutschland und Spanien. Polen, Italien und Frankreich gehen sie hingegen zu wenig weit. Am 13. Dezember soll weiterverhandelt werden.

Man werde eine Lösung erzielen, ist EU-Energiekommissarin Kadri Simson im Gespräch mit den OÖ-Nachrichten überzeugt. Denn Länder, die den Deckel bremsen, „blockieren nicht nur alle anderen Mitgliedsstaaten, sondern auch sich selbst“. Darauf habe sie die betroffenen Energieminister bereits hingewiesen. Zwar sei Europa ein sehr großer Gaskonsument, doch „Asien ist noch größer“. Den Preisdeckel höher anzusetzen stelle sicher, dass sich Europa am Markt durchsetzen könne und das „maximale Volumen“ bekomme. Im Bietverfahren werde man nicht gegen China verlieren. „Denn die werden auch einmal aus dem Lockdown herauskommen und wirtschaftlich wieder losstarten wollen“, sagt die Energiekommissarin.

Die „Achillesferse der EU“

Die Gasspeicher der EU seien mit Stand Ende November zu 95 Prozent gefüllt, versicherte Simson. Das Einspeisen sei schneller gegangen, als sie erwartet habe. Sie habe mit 80 Prozent gerechnet. Der Großteil davon komme zwar aus Russland, aber man arbeite daran, „nicht mehr um russisches Gas betteln zu müssen“.

Norwegen und Aserbaidschan hätten ihre Gasproduktion in den vergangenen Monaten ausgebaut, um die EU künftig stärker beliefern zu können, dennoch sei man nach

wie vor auf Russland angewiesen. „Wir müssen russisches Gas mit erneuerbaren Energien austauschen“, forderte die Kommissarin. Russland sei als Vertragspartner nicht mehr vertrauenswürdig. Bis 2040 wolle man kein russisches Gas mehr benötigen. Zehn Jahre später solle die EU klimaneutral sein. Dass heuer so viele Solaranlagen wie noch nie zugelassen worden seien, sei ein Schritt in die richtige Richtung. Einen eigenen Weg schlug Deutschland ein und unterzeichnete einen vierjährigen Gasliefervertrag mit Katar.

„Ich bin mir sicher, dass es mit Putins Russland in Energiefragen keine Annäherung mehr geben wird“, sagt Budgetkommissar Johannes Hahn. Am „Ende des Tages“ werde die EU besser und zuverlässiger versorgt sein als vor dem Krieg. Durch Russlands Aggression habe man die Chance, Europa gasunabhängig zu machen. Dann sei „die Achillesferse der EU“ endlich beseitigt.



EU-Energiekommissarin Simson ist von Einigung überzeugt. (APA/Tribouillard)



Nacht über dem Chemiapark Linz: Hohe Energiekosten und schwächelnde Weltwirtschaft bringen Probleme. (vowe, Land OÖ)

Oberösterreich ist „mitten im geopolitischen Sturm“

Kaum Wirtschaftswachstum 2023 – Industrie und Export leiden

LINZ. Oberösterreich hat die höchste Industrie- und Exportquote in Österreich. Dieser Vorteil werde in der Krise zu einem Nachteil, sagt Teodoro Cocca, Professor an der Linzer Kepler-Universität (JKU). Er leitet die Prognoserechnungen für das Land. 2023 wird Oberösterreichs Wirtschaft um null bis ein Prozent wachsen (nach plus 5,5 Prozent 2021 und plus drei bis vier Prozent heuer).

Lag man bisher meist über dem Bundesschnitt, fällt Oberösterreich nun unter diesen. „Einerseits wegen der hohen Energiekosten, die die Industrie stark treffen, andererseits wegen der schwächelnden Weltwirtschaft, die den Außenhandel bremst“, sagt Cocca. Vor allem die schlechte Entwicklung in Deutschland wirke sich aus. Oberösterreich sei „mitten im geopolitischen Sturm“, sagt Cocca. Wegen weiter hoher Teuerung bahne sich eine Stagflation an.

Die Arbeitslosigkeit werde sich nur leicht erhöhen. Vielmehr hemme der Fach- und Arbeitskräftemangel die Konjunktur. „Auch das ist besonders für Oberösterreich ein Problem – hinsichtlich Industrie und Innovation“, sagt Cocca. Der Anteil der digitalen Dienstleistungen sei im Bundesland unterdurchschnittlich. Hier und bei



„Der Vorteil der hohen Industrie- und Exportquote wird in der Krise zu einem Nachteil.“

Teodoro Cocca, JKU-Professor



„Die Situation ist sehr herausfordernd. Beim Gaspreisdeckel brauchen wir noch heuer Klarheit.“

Thomas Stelzer, Landeshauptmann

der Energiewende sieht Cocca neben den Investitionskosten vor allem „große Chancen, wenn Oberösterreich vorne dabei ist“.

Landeshauptmann Thomas Stelzer verweist auf den neuen „Zukunftsfonds“ des Landes, der jedes Jahr mit 200 Millionen Euro gefüllt wird. Die Situation sei insgesamt sehr herausfordernd. „Es ist die Aufgabe dieser Politiker-Generation, den Umbau der Wirtschaft und die digitale Transformation zu schaffen.“ Strahlkraft solle die neue Digital-UNI bringen.

Bei der Energie werde es trotz Ausbau der Erneuerbaren noch lange auch Gas brauchen. Stelzer konkretisiert seine Forderung nach einem Gaspreisdeckel: „Hier brauchen wir noch heuer Klar-

heit.“ Wenn auf EU-Ebene nichts geschehe, müsse Österreich handeln. Das sei ein Standortthema.

Cocca, der generell gegen „Gießkannen-Politik“ ist, sagt, hier brauche es schon eine „Kanne, eine volle“. Enorme Gaspreissteigerungen könnten auch 2023 auf Haushalten und Unternehmen lasten. Weil das Inflation und Lohn-Preis-Spirale befeuert, sei ein Eingreifen beim Gaspreis gerechtfertigt.

Oberösterreich plant für nächstes Jahr 90 Millionen Euro Budgetdefizit. Stelzer: Eine restriktive Finanzpolitik wäre aktuell schädlich. Sobald vertretbar, werde ausgeglichen bilanziert. Cocca fordert das, sobald es stabiles Wachstum gebe. Das Land sei bis Corona sehr gut unterwegs gewesen. (az)

Video und Messenger drängen Telefonie und SMS ins Abseits

Regulator RTR: Fast zwei Drittel aller telefonierten Minuten in Österreich werden mittlerweile über das Internet abgewickelt

WIEN. Die digitale Kommunikation läuft klassischen Kommunikationsdiensten in Österreich zunehmend den Rang ab. Fast zwei Drittel aller telefonierten Minuten werden mittlerweile über das Internet abgewickelt – und rund die Hälfte davon als Telefonat per Video oder Videokonferenz. Jährlich telefonieren die Österreicher rund 29 Milliarden Minuten.

Zu diesem Ergebnis kommt der Telekom-Regulator RTR in einer im Juli durchgeführten und gestern,

Dienstag, präsentierten Umfrage. 2009 Teilnehmer wurden befragt.

„Es ist ein Trend, der sich in der Corona-Pandemie entwickelt hat und nun fortsetzt“, sagt RTR-Chef Klaus Steinmaurer, der in Wels geboren wurde und im Innviertel aufgewachsen ist. Internetbasierte Dienste wie Internet- und Videotelefonie, E-Mails sowie Messenger würden quer durch alle Altersgruppen intensiv genutzt. In der Generation 60+ nutzen laut Umfrage 56 Prozent Internettelefonie

und 46 Prozent Videodienste. „Meine Eltern sind 80 und 81, für sie sind Telefonate mit WhatsApp selbstverständlich“, sagt Steinmaurer, der bei der RTR den Bereich Telekommunikation und Post verantwortet, im Gespräch mit den OÖN. In der Gruppe der 14- bis 29-Jährigen seien E-Mails und Messenger am beliebtesten.

Dominant sind der Umfrage zufolge vor allem die Dienste des US-Konzerns Meta (Facebook, Facebook Messenger, WhatsApp, Ins-

tagram). Messengerdienste hätten die klassische Kurznachricht per Smartphone (SMS) in allen Altersgruppen weitgehend abgelöst.

Wettbewerb verändert sich

Das veränderte Kommunikationsverhalten der Nutzer führt auch zu neuen Kräfteverhältnissen auf dem Markt. „Der Wettbewerb findet nicht mehr nur zwischen Netzbetreibern statt, sondern auch zwischen Dienste-Anbietern. Die einen haben die Netze, die anderen die

bequemen Apps“, sagt Steinmaurer. Man müsse darüber diskutieren, wer künftig wie zu regulieren sei und welchen Beitrag zum Ausbau der Netzkapazitäten leiste.

Mit dem neuen Telekommunikationsgesetz, das in Österreich seit einem Jahr in Kraft ist, wurden internetbasierte Kommunikationsdienste in einigen regulatorischen Bereichen der klassischen Kommunikation gleichgestellt, so die RTR. Die EU erwägt eine „Datenmaut“ für große US-Internetkonzerne. (rom)

WERBUNG

VERN@ZT

Das Magazin für Digitalisierung, Transformation und Megatrends

Fragen und Themen rund um die digitale Zukunft widmen sich die OÖNachrichten am 11. Februar 2023 im Magazin VERN@ZT, die Fortsetzung der iNachrichten mit allen Infos rund um Digitalisierung, Transformation und Megatrends.

Erscheinungstermin: Samstag, 11. Februar 2023

Anzeigenschluss: Freitag, 20. Jänner 2023

Verteilung: Oberösterreich gesamt

Achtung Zusatzverteiler: 20.000 Stk. werden in den Salzburger Nachrichten für die Region Salzburg Stadt & Umgebung beigelegt.

Gesamtauflage: rund 160.000 Stk.

Für Infos zu den verschiedenen Werbepaketen kontaktieren Sie uns bitte.

Ansprechpartner: Matthias Gstöttenmayr, Telefon: 0732 7805 827, Mail: m.gstoettenmayr@nachrichten.at

Alle Infos finden Sie unter



Lies was G'scheits!